

ten aber, an den Auseinandersetzungen an den Spieltischen beteiligt gewesen zu sein. Wan wollte dort angeblich nur Freunde treffen. Auch die Croupiers, die Staatsanwalt Antonio Corga verhörte, hatten Gedächtnislücken; keiner beschuldigte Wan Kuok-kuoi der Einschüchterung. Wan hatte bereits 1978 und 1988 vor Gericht erscheinen müssen, war aber beide Male freigesprochen worden. Letztes Jahr war er zu einer neunmonatigen Gefängnisstrafe mit Bewährung verurteilt worden, weil er gegen das gegen ihn vom Glücksspiel-Inspektorat verhängte Kasinoverbot verstoßen hatte. Gegen das Urteil hat er Berufung eingelegt. Wan wird u.a. von dem bekannten Strafrechtler Pedro Redinha verteidigt.

Die Anklage hat 59 Zeugen geladen, und 3.000 Seiten Material sind vorgelegt worden. Einige Kronzeugen sind allerdings in Portugal oder in einem anderen Land, so Oberstleutnant Manuel Antonio Apolinario, früherer Geheimdienstchef und stellvertretender Direktor des Glücksspiel-Inspektorats, der einen Attentatsanschlag im November 1996 überlebte. (SCMP, 23., 24., 26., 28.4.99) -ljk-

34 Neue Wirtschaftsbasis für Macau

Hauptsäule der Wirtschaft Macaus ist das Glücksspiel, hinzu gesellt sich die Tourismusbranche. Jetzt gibt es Pläne, die Enklave zu einem Abwicklungshafen für Finanzdienstleistungsunternehmen aus Hongkong und zu einem asiatischen Offshore-Investitionszentrum aufzuwerten. Nach Aussage von Maria Manuela Morgado, Vorsitzende der Quasi-Zentralbank von Macau, der Autoridade Monetaria e Cambial de Macau, muß die Enklave zur Sicherung seiner Zukunft als Sonderverwaltungsregion ihre Wirtschaftsbasis erweitern. In Hongkong ansässige Unternehmen sollen nach Macau übersiedeln. Die Immobilienpreise betragen weniger als ein Fünftel derer in Hongkong, das Umfeld sei entspannter und es herrsche keine solche Hektik wie in Hongkong, Macau sei wirklich eine dienstleistungsorientierte Wirtschaft, so wirbt Maria Morgado. Macau bemüht sich darum, Abwicklungsaktivi-

täten von Banken und arbeitsintensive Dienstleistungsbranchen wie die Kreditkartenverwaltung vor allem aus Hongkong anzuziehen. Bereits im letzten Jahr unternahmen die Delta Asia Financial Group mit Sitz in Hongkong und das Macau Trade and Investment Institute einen Vorstoß zur Umsiedlung von Unternehmen nach Macau. Die Regierung von Macau, so Maria Morgada, habe jüngst Gesetze und Pläne verabschiedet, durch Angebote von Offshore-Dienstleistungen mehr Unternehmen anzulocken. Und Macau vertriebe Pensions- und Investmentfonds, die Anlegern vorübergehende Steuerbefreiung für Investitionen böten. Doch man sei sich klar, daß Unternehmen, die sich nach Anwerbung durch die Regierung bereit erklärten, Betriebe in Macau zu errichten, den Markt der Volksrepublik China im Visier hätten. Hongkong solle auch keineswegs sein Rang als regionaler Finanzplatz streitig gemacht werden. Das Hongkonger Wirtschaftsmodell, so die Quasi-Zentralbankchefin weiter, sei ziemlich erschöpfend. Macau könne einige Dienstleistungen übernehmen wie von Hongkong aus verwaltete Investmentportfolios sowie eine gute Telekommunikationsinfrastruktur und Arbeitskräfte mit Englisch- und PC-Kenntnissen anbieten, es grenze an China, habe eine eigene stabile Währung, die an den Hongkong-Dollar gekoppelte Pataca, und niedrigere Kosten und Inflation als Hongkong. Maria Morgada wird die Unstrukturierung der Wirtschaftsbasis nicht von Macau aus miterleben. Sie und andere hochrangige Finanzvertreter sollen vor der Übergabe nach Portugal zurückkehren. (NfA, 30.4.99) -ljk-

1“, dem ersten rein taiwanischen künstlichen Erdtrabant (vgl. C.a., 1999/1, Ü 48), wird dieser als „RocSat-2“ eine ähnliche Aufgabe übernehmen, nämlich die Erkundung der Erdoberfläche. Da er eine deutlich höhere Auflösung erzielen soll - sie wird bei zwei Metern liegen - ist es eine naheliegende Annahme, daß RocSat-2 vor allem - oder unter anderem - militärischen Interessen dienen wird. Dies wurde von seiten der taiwanischen Raumfahrtbehörde zwar ausdrücklich bestritten - deren Vizedirektor David Chu erklärte, eine Auflösung von zwei Metern sei zu gering für militärische Belange -, da Taiwan aber ein lebenswichtiges Interesse besitzt, das Ausmaß der militärischen Bedrohung von jenseits der Taiwan-Straße zu erkennen, und da Raketenstellungen keine sehr kleinen Objekte sind, wirkt das taiwanische Dementi nicht sehr überzeugend. Dort scheint vielmehr die Befürchtung im Vordergrund zu stehen, die deutsche Regierung könnte die in jedem Fall nötige Exportgenehmigung wegen des möglichen militärischen Charakters und mit Rücksicht auf die Volksrepublik China verweigern. Ein namentlich nicht genannter Dasa-Mitarbeiter, der mit dem Projekt zu tun hat, bestätigte eine „potentielle militärische Anwendung“, während Parris Chang, Militärexperte der Opposition im Parlament der >Republik China<, die Beobachtung des Festlandes aufgrund der taiwanischen Sicherheitsinteressen als eine selbstverständliche Aufgabe des taiwanischen Satellitenprogramms erachtet.

Der Bau des Satelliten, an dem taiwanische Ingenieure mitwirken, soll 80 Mio. US\$ kosten. Als Starttermin ist das Jahr 2002 vorgesehen. (FT, 8.4.99) -hws-

Taiwan

35 Dasa baut neuen Satelliten für Taiwan. Welchen Zwecken wird er dienen?

Die DaimlerChrysler-Tochter Dasa hat mit dem Bau eines neuen Satelliten für Taiwan begonnen. Nach dem erst Ende Januar gestarteten „RocSat-

36 Aufträge für 508-Meter-Wolkenkratzer in Taipei vergeben

Nachdem Ende April eine taiwanische und eine japanische Hochbaufirma Aufträge im Wert von 592,7 Mio. US\$ erhielten, nähert sich ein spektakuläres Hochhausprojekt in Taipei der Realisierung: das Taipei Financial Center. Mit einer geplanten Höhe von 508 Metern und 101 Stockwer-

ken wäre es nach heutigen Maßstäben das höchste Hochhaus der Welt. Ob das von chinesischer Pagodenarchitektur inspirierte Bauwerk diesen Rang jemals erreichen wird, ist allerdings offen, denn die Fertigstellung ist erst für den Oktober 2002 vorgesehen, und bis dahin mag eines der anderen Superhochhäuser, die derzeit in Asien geplant werden oder schon im Bau sind, dem Taipeier Turm noch den Rang abgelaufen haben. Mit den Bauarbeiten war im Februar begonnen worden. (AWSJ, 28.4.99; Internet: AEC Info-Center, 3.2.99) -hws-

37 Ausländische Anleger und günstigere Wirtschaftsprognosen tragen zur Kurserholung taiwanischer Aktien bei

Das sich ankündigende Ende der Asienkrise, günstigere Wirtschaftsprognosen sowie das Interesse ausländischer Anleger, denen die Regierung jüngst den Zugang zu taiwanischen Aktien erleichterte (s. C.a., 1999/2, Ü 43) trugen im April zu einer deutlichen Kurserholung des Aktienindex „Taiex“ bei. Er erreichte am 20. April mit 7.623,18 Punkten einen Achtmonats-Höchststand und lag damit um 35 Prozent höher als am 5. Februar. Vor allem scheinen die Kleinanleger wieder Vertrauen zu fassen, nachdem sich eine Entspannung der Asienkrise abzeichnet und verschiedene Analysten und Wirtschaftsweisen ihre Prognosen nach oben korrigieren. So sah ein Analyst von Merrill Lynch (Asia-Pacific) Inc. Mitte April für 1999 im Vorjahresvergleich ein Exportplus von 3,5% und ein Wirtschaftswachstum von 4,4% voraus (bisherige Annahmen: -3% bzw. +3,5%). (NfA, 19.4.99)

Gegen Monatsende prognostizierte das Taiwanische Wirtschaftsforschungsinstitut bereits ein Wachstum von 5,28% gegenüber 1998. (AWSJ, 27.4.99) Die günstigeren Prognosen stützen sich unter anderem auf das Exportwachstum, das stärker ausfiel als erwartet. So nahmen die Exportaufträge im März um 3,6% zu, die tatsächlichen Exporte in der ersten Aprilhälfte aber bereits um 4,9% gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum. (AWSJ, 22.4.99) Die Industrieproduktion schnellte im März

gegenüber März 1998 um 7,89% in die Höhe. Geradezu dramatisch fiel der Anstieg im Immobilien- und Bau-sektor aus: Plus 53,15% im Vergleich März 1999/März 1998. (FT, 22.4.99) Besonders für die Elektronik- und Informationstechnologiebranchen wird eine weiter steigende Nachfrage erwartet. Damit würde sich der positive Trend allgemein durchsetzen, und zwar besonders deutlich im zweiten Halbjahr. (NfA, 23.4.99) Generell werden die wachsenden Exporte auch mit der allmählich einsetzenden wirtschaftlichen Erholung im ost- und südostasiatischen Raum bei stabiler Nachfrage aus Europa und Amerika in Verbindung gebracht. Zu der Aufwärtsentwicklung der Aktienkurse trug auch bei, daß die Regierung kürzlich Restriktionen lockerte, die Ausländern nur 15% des Aktienbestandes von Firmen zu erwerben gestattete - der neue Wert liegt bei 50%. Mitte April erschienen nun über 100 Manager US-amerikanischer, kanadischer und europäischer Investmentfonds in Taipei zu einem zweitägigen Seminar. Die Aussichten, in Taiwan große Fondsbeträge anzulegen, wurden von ihnen angesichts der taiwanischen Wirtschaftsdaten und der starken Weltmarktstellung hochtechnologischer Produkte taiwanischer Firmen als ausgesprochen positiv eingestuft. Da die Fonds ausdrücklich an langfristigen Anlagen interessiert sind, könnte dies zu einem anhaltenden Aufwärtstrend bei taiwanischen Aktien beitragen. (*Hong Kong Standard*, 15.4.99, AWSJ, 15.4.99) -hws-

38 Telekommunikationssektor: Liberalisierung und Privatisierung beschlossen

Auch Taiwan wird nun seinen bislang staatlich-monopolistisch betriebenen Telekommunikationssektor liberalisieren. Um als Anbieter im Festnetz aufzutreten zu können, wird ein Antragsteller auf Beschluß der entsprechenden Regulierungsbehörde allerdings eine Kapitalausstattung von 40 Mrd. Neue Taiwan-Dollar (NT\$) mitbringen müssen - eine äußerst hohe Hürde, wie potentielle Interessenten bemängelten, zumal die mögliche Zahl der zu vergebenden Lizenzen und damit die Zahl zukünftiger Konkurrenten nicht begrenzt werden soll. Kritiker betonen,

daß der Markt hierfür nicht groß genug sei. Neue Anbieter müßten daher mit einer Anlaufzeit von sieben bis zehn Jahren rechnen. Die ersten Lizenzen sollen gegen Jahresende vergeben werden. (FT, 14.4.99) Der Mobilfunkmarkt war bereits ein Jahr zuvor liberalisiert worden. Auch hier sollen weitere Lizenzen erteilt werden. (FT, 20.4.99, NfA, 21.4.99) Im Zuge der Liberalisierung wird Chunghwa Telecommunications als bisheriger Monopolist teilweise privatisiert. Für das erste Aktienpaket hatte Chunghwa Telecom einen Preis von 40 NT\$ je Aktie vorgeschlagen. Der zuständige Parlamentsausschuß setzte jedoch 60 NT\$ fest - eine Konzession an die Gewerkschaften, die eine Unterbewertung der Gesellschaft befürchteten. Der tatsächliche Ausgabepreis wird allerdings erst später ermittelt und wird sich am Marktwert der Aktien zur Zeit der Ausgabe orientieren. Gegen die Teilprivatisierung protestierten Ende April fast 5.000 Belegschaftsmitglieder und Gewerkschafter. Chunghwa Telecom hat derzeit einen Personalbestand von über 30.000. Viele von ihnen fürchten, im Zuge von Privatisierung und Marktliberalisierung ihre Stelle zu verlieren. Bis die Aktien auf den Markt kommen, wird es allerdings noch dauern. Ins Auge gefaßt wird ein Termin vor Juni 2000. Bis Ende des Jahres 2000 sollen ein Drittel aller Aktien verkauft werden, darunter 19% - also mehr als die Hälfte der ersten Tranche - an ausländische Investoren. 5% sind als Belegschaftsaktien vorgesehen. Eine zweite Tranche von ebenfalls einem Drittel soll bis Ende 2001 auf den Markt gebracht werden. (SCMP, Internet-Ausgabe, 27.4.99, FT, 30.4.99) -hws-

39 Oppositionspartei in der Krise: Wer wird Präsidentschaftskandidat der DPP?

Ein Konflikt zwischen zwei politischen Schwergewichten der Demokratischen Fortschrittspartei DPP stürzte Taiwans stärkste Oppositionspartei Ende April in eine Krise. Am 25. April gab Hsu Hsinliang (Xu Xinliang), einer der wichtigsten Parteiaktivisten und früherer DPP-Vorsitzender, bekannt, er wolle aus der Partei austreten, vollzog diesen Schritt jedoch nicht und gab auch keine Gründe an. Hsu, der als

möglicher Parteikandidat für die Präsidentschaftswahlen im kommenden Jahr gilt, reagierte damit offenbar auf ähnliche Ambitionen seines deutlich populäreren Rivalen, des früheren Taipeier Bürgermeisters Chen Shuibian. Chen selbst spielt in diesem Zusammenhang eine etwas zwielichtige Rolle, denn derzeit verhindert die Parteisatzung seine Kandidatur: Demnach kann, wer Bürgermeister von Taipei oder Kaohsiung (Gaoxiong) war, erst nach Ablauf von vier Jahren als Präsidentschaftskandidat aufgestellt werden. Chen verlor sein Bürgermeisteramt jedoch erst letztes Jahr. Chen selbst erklärte zwar, er würde die Parteiführung bitten, Hsu als Kandidaten zu nominieren und er selbst wolle nicht kandidieren - dies wiederum entsetzte Chens Anhänger -; auch sollte der Parteivorstand Hsu bitten, seine Austrittsankündigung zurückzunehmen, um eine Spaltung der Partei zu verhindern. Gleichzeitig absolvierte Chen allerdings eine Reise nach Washington, wo er mit US-Politikern zusammentraf und grundsätzliche politische Positionen diskutierte, Gespräche, die nur vor dem Hintergrund einer angestrebten Präsidentschaftskandidatur einen rechten Sinn ergeben.

Hsu hatte bereits zuvor beklagt, daß Teile der Partei die Bestimmung, die Chens Kandidatur verhindert, aus der Satzung streichen lassen wollten. Im Hintergrund des Konflikts steht aber auch die Frage nach dem zukünftigen politischen Kurs der DPP (s. C.a., 1999/1, Ü 49). Beide Rivalen haben sich zwar von dem bisherigen DPP-Ziel, Taiwan als unabhängigen Staat zu deklarieren, verabschiedet, für Hsu besitzt eine Verständigung mit der VR China jedoch einen ungleich höheren Stellenwert. Er lehnt eine Unabhängigkeitserklärung Taiwans daher grundsätzlich ab. Beobachter vermuten, daß Hsu als unabhängiger Kandidat zu den Präsidentschaftswahlen antreten möchte.

Die Nominierung des DPP-Präsidentschaftskandidaten ist für Anfang Mai vorgesehen. (Central News Agency, Taipei, nach SWB, 24.4.99 und 30.4.99, SCMP, Internet-Ausgabe, 26.4.99, AWSJ, 28.4.99, FCJ, 30.4.99) -hws-

40 Taiwan wartet weiterhin auf seinen WTO-Beitritt

Obwohl Taiwan die Verhandlungen mit allen Mitgliedsstaaten der World Trade Organization (WTO), die dies wünschten, nahezu vollständig abgeschlossen hat, ist seine Aufnahme in diese dem freien Welthandel verpflichteten Vereinigung noch immer nicht abzusehen. Zwar muß Taiwan nicht als Staat aufgenommen werden, sondern kann als Zollgebiet fungieren, so daß in dem Punkt kein Widerspruch zum Alleinvertretungsanspruch der VR China besteht, doch existiert ein unausgesprochener Konsens unter den WTO-Mitgliedern, Taiwan nur nach der VR China oder allenfalls zeitgleich mit ihr aufzunehmen. Im Zusammenhang mit dem Besuch des chinesischen Ministerpräsidenten Zhu Rongji in Washington keimten in Taipei im April neue Hoffnungen auf, daß der WTO-Beitritt der VR China nunmehr verkündet werden könnte. Dies war jedoch nicht der Fall. Für die Republik China auf Taiwan als eine der stärksten Partner im Welthandel ist die ausbleibende WTO-Mitgliedschaft mit handfesten Nachteilen verbunden: Taiwan muß seine Handelskonditionen mit allen Handelspartnern einzeln aushandeln und sieht dabei seine Waren oft willkürlich schlechter behandelt als dies unter WTO-Mitgliedern zulässig wäre. Für Taiwan würde sich mit einer Mitgliedschaft außerdem ein politischer Prestigewert verbinden: In der WTO wäre es gleichberechtigtes Mitglied in einer bedeutenden Weltorganisation. Um mögliche weitere Hindernisse aus dem Weg zu räumen, öffnete Taiwan im April seinen Markt für weitere 150 landwirtschaftliche Produkte aus der VR China. Gegenüber dem Festland soll allerdings an gewissen Einfuhrbeschränkungen festgehalten werden, mit Rücksicht auf die taiwanischen Teebauern vor allem beim Import bestimmter Teesorten. Auch die von der WTO geforderten freien Transportwege kollidieren mit Taiwans Politik, direkte Schiffs- und Flugverbindungen mit dem Festland aus Gründen der nationalen Sicherheit noch nicht zuzulassen. (Central News Agency, Taipei, nach SWB, 8.4.99, 12.4.99 und 16.4.99; IHT, 10./11.4.99; AWSJ, 15.4.99) -hws-

41 Ausstellung von Schätzen des Nationalen Palastmuseums Taipei für 2001/2002 in Bonn und Berlin beschlossen

Nach fast achtjährigen, komplizierten Gesprächen und Verhandlungen wurde am 4. März in Taipei vereinbart, daß Schätze des Nationalen Palastmuseums nun auch in Deutschland gezeigt werden, und zwar ab Ende 2001 in der Bundeskunsthalle in Bonn sowie anschließend, im Frühjahr 2002, im neuen Flügel des Deutschen Historischen Museums in Berlin. Nach den USA und Frankreich wird Deutschland damit das dritte Land, in dem Teile der einstigen kaiserlichen Kunstsammlung, die nach langer, kriegsbedingter Odyssee 1949 nach Taipei kam, ausgestellt werden. Daß die Verhandlungen so lange dauerten, hängt in erster Linie mit dem umstrittenen politischen Status der Objekte zusammen: Die VR China erachtet sie als ihr Eigentum und könnte sie in Deutschland konfiszieren lassen. Bundestag und Bundesrat mußten im Oktober 1998 erst ein entsprechendes Schutzgesetz verabschieden. (*Freies Asien*, 21.4.99) -hws-